

*Olaf Leiß\**

## Ein starker Mann am Bosphorus? Die Türkei nach Erdogans Referendum

2017 war kein gutes Jahr für die europäisch-türkischen Beziehungen, und es war auch kein gutes Jahr für die Türkei. Die Fronten zwischen der Türkei auf der einen und den europäischen Staaten und internationalen Organisationen auf der anderen Seite haben sich verhärtet. Die Rhetorik auf beiden Seiten hat sich verschärft und es wurden mehr Differenzen als Gemeinsamkeiten sichtbar. Tiefpunkte waren das Referendum über die Verfassungsänderung, offensichtlich willkürliche Verhaftungen von Personen, die auch die Staatsbürgerschaft eines europäischen Landes besaßen, und die persönlichen Eingriffe des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in den deutschen Wahlkampf. Wer vermutet hatte, dass die Gezi-Park-Proteste Anzeichen für Risse im Machtgefüge seien und Erdoğan den Zenit seiner Macht bereits überschritten habe, sah sich getäuscht. Seither hat Erdoğan die Tonlage gegenüber dem Westen noch einmal deutlich verschärft und nach dem Putschversuch Mitte 2016 auch innenpolitisch die Zügel noch einmal spürbar angezogen.

Die Wahl Erdogans zum türkischen Staatspräsidenten im Jahr 2014 und das Referendum von 2017 zur Verfassungsänderung und Umwandlung des politischen Systems in der Türkei in ein präsidentielles System waren tiefe politische Einschnitte. Beide Abstimmungen wurden von der OSZE beobachtet und kritisch kommentiert. Der folgende Beitrag geht zunächst auf die Kritik der OSZE an den Abstimmungen ein. Danach wird untersucht, mit welchen Repressions- und Legitimationsstrategien Erdoğan seine Macht festigt. Trotz der deutlich sichtbaren autoritären Züge wird abschließend argumentiert, dass es für den Westen dennoch Erfolg versprechender ist, sich nicht in die direkte Konfrontation mit Erdoğan zu begeben und die Türkei abzukoppeln, sondern die europäisch gesonnenen Teile der türkischen Zivilgesellschaft unbeirrt zu stärken und die politische Entwicklung weiterhin kritisch zu begleiten.

### *Demokratie auf Türkisch*

Recep Tayyip Erdoğan, der von 2003 bis 2014 türkischer Ministerpräsident war, wurde im August 2014 mit 52,2 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Staatsoberhaupt der Türkei gewählt. Zuvor bekleidete Abdullah Gül das Amt

---

\* Der vorliegende Beitrag beruht in seinen Grundzügen auf Olaf Leiß/Ilknur Üreyen, *Autoritäre Tendenzen in der AKP-Politik*, in: Yunus Yoldaş/Burak Gümüş/Wolfgang Gieler (Hrsg.), *Die Neue Türkei. Eine grundlegende Einführung in die Innen- und Außenpolitik unter Recep Tayyip Erdoğan*, Frankfurt/Main 2015, S. 25-51, wurde jedoch neu gefasst und aktualisiert.

des Präsidenten der Türkei. Erdoğan wurde von knapp 69 Prozent der in Deutschland wählenden türkischen Bürger unterstützt, allerdings lag die Wahlbeteiligung in Deutschland lediglich bei 8,15 Prozent.<sup>1</sup> Da Erdoğan verhältnismäßig viele Stimmen in Deutschland auf sich vereinigen konnte, kann ein positiver Effekt seines Wahlkampfes in Deutschland angenommen werden. Allerdings hat Erdoğan mit der bemerkenswerten Ausnahme Großbritanniens generell in den westeuropäischen Ländern sehr viele Stimmen bekommen, die sogar über den Werten in der Türkei liegen.

Die Wahlen verliefen vergleichsweise fair und demokratische Standards wurden respektiert, wie auch internationale Beobachter konstatierten. So hielten die Beobachter der OSZE fest: „Der Wahlkampf war von einer generellen Achtung der Grundfreiheiten gekennzeichnet und die Kandidaten konnten ihren Wahlkampf im Allgemeinen ungehindert führen.“<sup>2</sup> Dennoch ergab sich ein gewisses Missverhältnis zwischen den Kandidaten daraus, dass Erdoğan als Ministerpräsident politisch wesentlich sichtbarer war als seine Mitbewerber. Dazu die OSZE-Beobachter: „Alle drei Kandidaten betrieben zwar einen aktiven Wahlkampf, jedoch war der Wahlkampf des Ministerpräsidenten der sichtbarste. Die missbräuchliche Verwendung von Verwaltungsressourcen und die fehlende klare Trennung zwischen wichtigen institutionellen Veranstaltungen und Wahlkampfaktivitäten verschafften ihm einen unangemessenen Vorteil.“<sup>3</sup> Schon 2014 hatte Erdoğan seine Macht über die Medien des Landes dazu benutzt, sich in Szene zu setzen.

Die beiden Gegner Erdoğan's, Ekmeleddin İhsanoğlu, der gemeinsam von der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) und der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) aufgestellt worden war, und Selahattin Demirtaş von der linksgerichteten Demokratischen Partei der Völker (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP) kritisierten die unfairen Bedingungen des Wahlkampfes. Der öffentliche Sender TRT (*Türkiye Radyo ve Televizyon Kurumu*) räumte Erdoğan vergleichsweise sehr viel mehr Raum für wahlkampfbezogene Aussagen ein als seinen Opponenten. So konnte Erdoğan insgesamt rund 533 Minuten Sendezeit dazu nutzen, seine Wahlbotschaft zu verbreiten, während der Kandidat von CHP und MHP 23 Minuten Sendezeit erhielt und der Kandidat der HDP mit nur 45 Sekunden Sendezeit auskommen musste. Die OSZE schrieb dazu: „Die insgesamt unverhältnismäßige Fernsehberichterstattung, die wichtigste Quelle für politische Informationen, zugunsten des Ministerpräsidenten, einschließlich Live-Übertragungen seiner Veranstaltungen und Reden, gepaart

---

1 Vgl. Nermin Abadan-Unat/Volkan Çıdam/Dilek Çınar/Zeynep Kadirbeyoğlu/Selcan Kaynak/Bahar Özay/Sercan Taş, Voting Behaviour of Euro-Turks and Turkey's Presidential Elections of 2014, Dezember 2014, S. 18.

2 OSCE, Office for Democratic Institutions and Human Rights, Republic of Turkey, Presidential Election, 10 August 2014, OSCE/ODIHR Limited Election Observation Mission, Final Report, Warschau, 18. November 2014, S. 1, unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/turkey/126851> (alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

3 Ebenda, S. 2.

mit der begrenzten politischen Werbung der beiden anderen Kandidaten, verschaffte dem Ministerpräsidenten einen klaren Vorteil und beschränkte die pluralistischen Informationen über politische Alternativen für die Wähler.<sup>4</sup>

Im Vergleich zu seinen Vorgängern nimmt Erdoğan als Staatspräsident eine aktivere Rolle bei der Gestaltung seiner Tätigkeitsfelder ein, wobei er gelegentlich auch seine Kompetenzbereiche überschreitet. Laut Verfassung ist die Türkei noch immer eine parlamentarische Demokratie, in der die Exekutive als primäre Instanz regiert und dem Präsidenten „lediglich“ symbolische Kompetenzen zufallen. Unter Erdoğan änderten sich die Machtverhältnisse jedoch fundamental. Er agiert in seiner jetzigen Position als Präsident mehr als Regierungschef und weniger als politisch neutrales Staatsoberhaupt.<sup>5</sup> Dies wiederum ist nur möglich, weil die Ministerpräsidenten – bis Mai 2016 Ahmet Davutoğlu, danach Binali Yıldırım – bereit waren sich Erdoğan unterzuordnen, der informell ihre Kabinette gebildet und schließlich bestätigt hat. *De facto* handelt es sich bei dem Regierungssystem der Türkei seit der Wahl Erdoğan bereits um ein Präsidialsystem. Da selbst Erdoğan nicht permanent gegen den Geist der Verfassung verstoßen kann, ist daher auch formal eine Änderung des politischen Systems geboten.

Die Idee, ein präsidentielles System in der Türkei einzuführen, kann strategisch als ein sehr berechnender Zug Erdoğan gedeutet werden. Wenn ihm dies bis zu den nächsten Wahlen im Jahr 2019 gelingt, werden diejenigen Amtshandlungen, die er derzeit als Staatsoberhaupt in Überschreitung seiner Kompetenzen durchführt, nicht mehr länger verfassungswidrig sein. Darüber hinaus kann er dann politisch noch unabhängiger von anderen politischen Akteuren agieren.<sup>6</sup>

Das Referendum zur Änderung der türkischen Verfassung fand am 16. April 2017 statt. Die Wähler sollten darüber entscheiden, ob das 18 Punkte umfassende Gesetz Nr. 6771, mit dem insgesamt 72 Artikel der Verfassung geändert werden sollten, verabschiedet und mit der nächsten Wahl im November 2019 in Kraft treten soll. Das Ergebnis fiel mit 51 Prozent Ja-Stimmen gegen 49 Prozent Nein-Stimmen denkbar knapp aus. Für die Verfassungsänderung stimmten im Wesentlichen die inneranatolischen Provinzen, während die Küstenprovinzen, der europäische Teil der Türkei und die mehrheitlich kurdisch besiedelten Provinzen sich dagegen aussprachen. Das Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als Erdoğan und seine Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, kurz: *AK Parti*, AKP)<sup>7</sup> im Vorfeld sehr stark für eine Annahme geworben hatten und dabei auch nicht vor Drohungen und Einschüchterungen zurückschreckten. Der OSZE-Bericht über das Verfassungsreferendum stellte unmissverständlich fest, dass das Referendum „unter ungleichen

---

4 Ebenda, S. 2-3.

5 Vgl. Emre Erdoğan, *Erdoğan's Final Countdown to Absolute Power?* The German Marshall Fund of the United States, Analysis, 19. Februar 2015, unter: <http://www.gmfus.org/publications/Erdoğan's-final-countdown-absolute-power>.

6 Vgl. ebenda, S. 2.

7 Die Abkürzung „AK“ („ak“) bedeutet auf Türkisch auch „weiß“ oder „rein“.

Bedingungen stattfand und die beiden Seiten keine Chancengleichheit hatten. Die Wähler erhielten keine objektiven Informationen über zentrale Aspekte der Reform und zivilgesellschaftliche Organisationen konnten nicht teilnehmen. Mit dem nach dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016 eingeführten Ausnahmezustand wurden für einen wirklich demokratischen Prozess wesentliche Grundfreiheiten eingeschränkt. Die Entlassung oder Inhaftierung von Tausenden von Bürgern hat das politische Umfeld nachteilig beeinflusst. Die Dominanz einer Seite in der Berichterstattung sowie Einschränkungen der Medienfreiheit reduzierten den Zugang der Wähler zu einer Vielzahl von Meinungen.“<sup>8</sup>

Die Tatsache, dass die „Ja“-Kampagne Zugriff auf staatliche Ressourcen hatte und das Wohlwollen staatlicher Institutionen, vor allem der Sicherheitskräfte, genoss, während die „Nein“-Kampagne mit unfairen, teilweise gewalttätigen Mitteln, bekämpft wurde, wirft ein bedenkliches Licht auf die politische Situation im Lande. Auch die OSZE „beobachtete, dass die Bemühungen mehrerer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die ‚Nein‘-Kampagne zu unterstützen, behindert wurden. Die Rhetorik der Kampagne wurde von einer Reihe hochrangiger Beamter, die die ‚Nein‘-Anhänger mit terroristischen Sympathisanten gleichsetzten, in den Schmutz gezogen. In zahlreichen Fällen waren die Unterstützer der ‚Nein‘-Kampagne mit einem Verbot ihrer Wahlkampfaktivitäten, Eingriffen der Polizei und Tötlichkeiten bei ihren Veranstaltungen konfrontiert.“<sup>9</sup>

Angesichts der deutlichen Intervention staatlicher Institutionen erscheint es fast wie ein Wunder, dass das Ergebnis zugunsten Erdoğan's so knapp ausgefallen ist. 2017 ist die Einflussnahme Erdoğan's noch wesentlich massiver als drei Jahre zuvor. Immer deutlicher tritt der autokratische Charakter seiner Amtsführung zu Tage.

### *Erdoğan's Radikalisierung*

Der Aufstieg der AKP ist mit einer Serie von Reformen verbunden, die es in diesem Ausmaß in der Türkei noch nie zuvor gegeben hatte. Unter der erstmals 2002 ins Amt gewählten AKP-Regierung rückte die Türkei Schritt für Schritt näher an die Europäische Union (EU) heran.<sup>10</sup> Zu den wichtigsten Errungen-

8 OSCE, Office for Democratic Institutions and Human Rights, Republic of Turkey, Constitutional Referendum, 16 April 2017, OSCE/ODIHR Limited Referendum Observation Mission, Final Report, Warschau, 22. Juni 2017, S. 1, unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/turkey/324816>; dieselbe Aussage findet sich bereits in: OSCE, Office for Democratic Institutions and Human Rights/Parliamentary Assembly of the Council of Europe, International Referendum Observation Mission, Republic of Turkey – Constitutional Referendum, 16 April 2017, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, S. 1, unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/turkey/311721>.

9 OSCE/ODIHR Limited Referendum Observation Mission, Final Report, a.a.O. (Anm. 8), S. 2.

10 Vgl. Olaf Leiß (Hrsg.), Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken, Baden-Baden 2013.

schaften der AKP zählen die Abschaffung der Todesstrafe, die Einführung des Folterverbots und die Ausweitung der Meinungsfreiheit sowie der Rechte von Minderheiten, Frauen und Kindern.<sup>11</sup> Angesichts dieser Veränderungen zeigte sich die Europäische Kommission gewillt, die Aufnahme der Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU am 3. Oktober 2005 offiziell in die Wege zu leiten.<sup>12</sup> Der Reformprozess, den die AKP einleitete, ist dadurch gekennzeichnet, dass auch islamisch-konservative und kurdische Kreise in den neuen moderateren und europafreundlichen Kurs mit einbezogen wurden. Trotz der Öffnung gegenüber „europäischen Werten“ war das Vorhaben der AKP geprägt von dem Wunsch nach einer neuen moralischen Ordnung der Gesellschaft, die im Kern auf osmanische Strukturen zurückzuführen ist. Um diese Erneuerung durchzusetzen, mussten jedoch jene kemalistischen Kräfte, die die Renaissance des politischen Islams seit Gründung der Türkei stets verhindert hatten, gebrochen werden. Die AKP setzte sich dabei das Ziel, eines der Grundprinzipien des Kemalismus, nämlich die Laizismusrichtlinien, zu reformieren.

Dieses Vorhaben wurde damit begründet, dass die Regierung eine pluralistischere Auslegung der Politik befürworte. Mit der Reformierung des Kemalismus werde jedoch keine direkte Abschaffung laizistischer Prinzipien angestrebt, sondern lediglich deren Auflockerung mit dem Ziel, das politische System der Türkei demokratischer zu gestalten. Sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in der Gesellschaft wurde die Strategie der AKP als fortschrittlich und modern wahrgenommen. Die Modernisierung wurde für die türkische Gesellschaft vor allem im wirtschaftlichen Sektor spürbar. Zudem verstand es die AKP, sich von früheren islamischen Bewegungen abzugrenzen und aus deren Scheitern zu lernen.<sup>13</sup> Um in der Türkei politische Erfolge erzielen zu können, musste die AKP eine moderatere Haltung einnehmen und anders als ihre Vorgänger, wie z.B. die verbotene Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*, RP) Necmettin Erbakans in den 1990er Jahren, eher die Funktion einer Partei der politischen Mitte übernehmen.

Nach europäischem Verständnis ist die AKP allerdings spätestens mit Erdoğan's Amtsantritt als Staatspräsident im Jahr 2014 nicht mehr als moderat oder als Partei der Mitte einzustufen. Erdoğan und die AKP verfolgen zunehmend eine Politik, die aus einem Mix aus neo-osmanischer Nostalgie, islamisch-konservativer Moral und Nationalismus besteht. Auffällig ist dabei die Zuspitzung der Politik auf Erdoğan. Wie keiner seiner Amtsvorgänger versteht es Erdoğan, sich als Garant für die Stabilität von „Volk und Vaterland“ zu stilisieren. Erdoğan verkörpert in seiner Person die Verschmelzung von Staat und

---

11 Vgl. Asiye Öztürk, Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper 5/2009, S. 12.

12 Vgl. Olaf Leïße, The Permanent Candidate: Turkey's Europeanization under the AKP Government, in: Annette Freyberg-Inan/Mehmet Bardakci/Olaf Leïße (Hrsg.), Growing Together, Growing Apart: Turkey and the European Union Today, Baden-Baden 2016, S. 35-53.

13 Vgl. E. Fuat Keyman/Sebnem Gumuscu, Democracy, Identity and Foreign Policy in Turkey. Hegemony Through Transformation, Basingstoke 2014, S. 41.

Nation zu einer Einheit, in deren Zentrum er selbst als oberster Repräsentant des Staates steht. Um seine eigene Macht zu erhalten und auszubauen, stellt Erdoğan mit der für 2019 geplanten Umwandlung des politischen Systems in ein Präsidialsystem den bisherigen Staatsaufbau komplett in Frage. Die Politik Erdogans und der AKP weist dabei zunehmend autoritäre Züge auf. Der selbstherrlichen Ausübung von Herrschaft ist dabei durchaus an einer entsprechenden öffentlichen Anerkennung und Wahrnehmung gelegen. Innenpolitisch wird ein rigider Kurs zur Erreichung der eigenen Ziele gefahren, der mit Überwachung, Repression und auch Gewalt durchgesetzt wird. Vier Machtmittel sollen nachfolgend exemplarisch dargestellt werden.

### *Einschränkung der Medien- und Pressefreiheit*

Die Medienlandschaft in der Türkei ist primär von unternehmerischen Interessen geprägt; damit spielen wirtschaftliche Verflechtungen bei der Berichterstattung eine enorm wichtige Rolle.<sup>14</sup> Als die AKP bei den Wahlen von 2002 an die Macht kam, wurde sie zunächst von einem Großteil der Medien unterstützt. Dies änderte sich jedoch nach den Wahlen von 2004, in deren Folge einige Medienunternehmer und Politiker den Versuch unternahmen, die Regierung in ein schlechtes Licht zu rücken. Die AKP wurde wegen ihres Reformpakets insbesondere von der *Doğan Media Group*, dem größten Medienunternehmen der Türkei, kritisiert. Die Kritik der *Doğan Media Group* erreichte vor allem durch die Revidierung des Kopftuchverbots in öffentlichen Einrichtungen durch die Regierung im Jahre 2008 ihren Höhepunkt.<sup>15</sup> Ein Jahr später wurde der *Doğan Media Group* eine extrem hohe Geldstrafe auferlegt, um die regierungskritische Arbeit des Unternehmens weitgehend einzuschränken.<sup>16</sup> Diese und weitere repressive Maßnahmen schränkten die Freiheit der journalistischen Arbeit ein und hatten eine zunehmende Selbstzensur zur Folge.<sup>17</sup> Die Selbstzensur kann sowohl auf den Staat als auch auf unternehmerische Interessen zurückgeführt werden. Die Medienunternehmen sind bestrebt, gute Beziehungen zum Staat aufrechtzuerhalten, wodurch die Berichterstattung zugunsten der Regierung ausfällt.<sup>18</sup> Die Selbstzensur ist zudem damit zu erklären, dass Journalisten Angst davor haben, ihren Arbeitsplatz zu

---

14 Vgl. Dilek Kurban/Ceren Sözeri, Caught in the Wheels of Power: The Political, Legal and Economic Constraints on Independent Media and Freedom of the Press in Turkey, TESEV Democratization Program, Media Studies Series 3, Istanbul 2012, S. 49.

15 Vgl. ebenda, S. 50.

16 Vgl. Sebnem Arsu/Sabina Tavernise, Turkish Media Group Is Fined \$2.5 Billion, in: The New York Times, 9 September 2009, unter: [http://www.nytimes.com/2009/09/10/world/europe/10istanbul.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2009/09/10/world/europe/10istanbul.html?_r=0).

17 Vgl. Kurban/Sözeri, a.a.Ö. (Anm. 14), S. 51.

18 Vgl. ebenda, S. 51-52.

verlieren oder öffentlich diskreditiert zu werden und Schwierigkeiten im sozialen Umfeld zu bekommen.<sup>19</sup>

Die Diskussion über die Pressefreiheit in der Türkei erreichte sowohl im nationalen als auch im internationalen Raum ihren Höhepunkt während der Gezi-Park-Proteste. Zu Beginn der Unruhen schenken die türkischen Medien den Protesten kaum Beachtung. Als die ersten Demonstrationen auf dem zentralen Taksim-Platz in Istanbul begannen, berichtete der zur *Doğan Media Group* gehörende Sender CNN Türk nicht über die Ereignisse auf dem Taksim-Platz, sondern sendete stattdessen eine Dokumentation über Pinguine.<sup>20</sup> Diese fehlgeleitete Medienberichterstattung führte dazu, dass der Pinguin zu einer Symbolfigur innerhalb der Protestbewegung wurde.<sup>21</sup>

Journalisten und andere Personen des öffentlichen Lebens, die an den Gezi-Park-Protesten teilnahmen, wurden öffentlich diskreditiert.<sup>22</sup> Nach den Protesten verloren 384 Journalisten ihren Job.<sup>23</sup> Can Dündar, einer der bekanntesten türkischen Journalisten, sagte nach seiner Entlassung: „Jeder kennt den Grund; ich bin nicht der Erste und ich werde auch nicht der Letzte sein.“<sup>24</sup> Ende 2014 wurden Razzien in der Türkei durchgeführt, bei denen 24 Personen festgenommen wurden, unter ihnen drei Journalisten. Verhaftet wurden insbesondere Personen, die Fethulla Gülen und seiner Bewegung nahestanden – genau ein Jahr, nachdem die Korruptionsskandale, die das Ansehen der türkischen Regierung diskreditiert hatten, aufgedeckt worden waren, wofür Gülen verantwortlich gemacht wurde. Nach dem Putschversuch im Juli 2016 verschärfte sich die Gangart der Sicherheitskräfte noch einmal. Mehr als 100 Journalisten wurden verhaftet und 150 Medien geschlossen. Viele Journalisten mussten das Land verlassen, darunter Can Dündar, der nach Deutschland ausreiste. Zum Zeitpunkt der Niederschrift des vorliegenden Beitrags befinden sich noch immer 43 Journalisten in Haft, darunter Deniz Yücel und die Übersetzerin Meşale Tolu; die Zahl inhaftierter Journalisten ist damit die höchste weltweit. Im internationalen Vergleich befindet sich die Türkei auf der Rangliste der Presse-

- 
- 19 Vgl. Friedrich Ebert Stiftung, Media Barometer, Turkey 2014, A home grown analysis of the media landscape in Turkey, Istanbul 2014, S. 17, unter: [http://www.fes-tuerkei.org/media/Media\\_Barometer\\_eng\\_web.pdf](http://www.fes-tuerkei.org/media/Media_Barometer_eng_web.pdf).
- 20 Vgl. Kerem Öktem, Why Turkey's mainstream media chose to show penguins rather than protests, in: The Guardian, 9. Juni 2013, unter: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/jun/09/turkey-mainstream-media-penguins-protests>.
- 21 Vgl. Pelin Turgut, As Turkey's Protests Continue, Attention Falls on Failures of Turkish Media, in: Time, 6. Juni 2013, unter: <http://world.time.com/2013/06/06/as-turkeys-protests-continue-attention-falls-on-failures-of-turkish-media/>.
- 22 Vgl. Turkish actor threatened over his Gezi Park support, Hürriyet Daily News, unter: <http://www.hurriyetaidailynews.com/turkish-actor-threatened-over-his-gezi-park-support.aspx?pageID=238&nID=48568&NewsCatID=341>.
- 23 Vgl. Friedrich Ebert Stiftung, Media Barometer, a.a.O. (Anm. 19), S.16.
- 24 Zitiert nach: Serkan Ocak, Ve Can Dündar da gitti [Und auch Can Dündar ist gegangen], Radikal, 2. August 2013, unter: [http://www.radikal.com.tr/turkiye/ve\\_can\\_dundar\\_da\\_gitti-1144521](http://www.radikal.com.tr/turkiye/ve_can_dundar_da_gitti-1144521).

freiheit 2017 von Reporter ohne Grenzen mittlerweile auf Platz 155 von 180 – Tendenz fallend.<sup>25</sup>

Dieses Vorgehen deutet darauf hin, dass das politische Geschehen in der Türkei demokratischen Werten zuwiderläuft. Öffentliche Medien sind in Demokratien, in denen die Macht vom Volke ausgeht, für die eigenständige Meinungsbildung der Bürger unverzichtbar. Durch die Einschränkung der Medienberichterstattung wird dem türkischen Volk genau dieses Recht auf unabhängige Meinungsbildung genommen.

### *Eingeschränktes Demonstrationsrecht und Sicherheitspolitik*

Ebenso wie die Pressefreiheit wird in der Türkei auch das Demonstrationsrecht stark eingeschränkt und kontrolliert. Nach den Gezi-Park-Protesten wurde im Februar 2015 ein umfassendes Sicherheitspaket verabschiedet, das der Polizei mehr Befugnisse einräumt. Die Polizei kann nunmehr nach eigenem Ermessen auf bewaffnete Demonstranten schießen, wobei schon Steine als Waffen aufgefasst werden können. Dies gefährdet auch friedliche Demonstranten, die versehentlich in die Schusslinie der Polizei geraten könnten.<sup>26</sup> Das Sicherheitspaket ist vor allem gegen Demonstranten gerichtet; es erweitert die Befugnisse der Polizei erheblich und erlaubt u.a. auch umstrittene Ermittlungsmethoden. So darf die Polizei beispielsweise Demonstranten nun bis zu 48 Stunden festhalten. Zudem soll ein Vermummungsverbot bei Demonstrationen durchgesetzt werden; Demonstranten, die sich nicht an dieses Verbot halten, können mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden.

Nach dem Putschversuch im Jahr 2016 wurden grundlegende Rechte außer Kraft gesetzt. Über 150.000 Staatsangestellte verloren ihren Arbeitsplatz, 15 Universitäten wurden unmittelbar nach dem Putschversuch geschlossen. Noch immer befinden sich rund 55.000 Menschen in Untersuchungshaft, deren zulässige Dauer der Staat auf bis zu sieben Jahre ausdehnen will. Demonstrationen gegen diesen harten Kurs treffen auf geballte Polizeiwillkür. Trotz der repressiven Maßnahmen ist allerdings zu beobachten, dass sich Demonstranten durch diese Regelungen nicht gänzlich abschrecken lassen. Am 8. März 2017 demonstrierten in Istanbul über 10.000 Frauen anlässlich des Weltfrauentages. Bei der von einer feministischen Gruppe organisierten Demonstration machten sich Frauen mit ihren an Erdoğan gerichteten Slogans gegen die vorherrschenden patriarchalen Strukturen stark.

---

25 Vgl. Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit 2017, unter: [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2017/Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2017\\_-\\_Reporter\\_ohne\\_Grenzen.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2017/Rangliste_der_Pressefreiheit_2017_-_Reporter_ohne_Grenzen.pdf).

26 Vgl. Mustafa Akyol, The No-More-Mr-Nice-Guy law, in: Hürriyet Daily News, 25. Februar 2015, unter: <http://www.hurriyetdailynews.com/the-no-more-mr-nice-guy-law.aspx?pageID=449&nID=78807&NewsCatID=411>.

### *Einschränkung von Frauenrechten*

Recep Tayyip Erdoğan sagte im November 2014 im Rahmen eines Treffens, bei dem es um „Frauen und Gerechtigkeit“ ging: „Man kann Frauen und Männer nicht gleichstellen. Es läuft der Natur zuwider.“<sup>27</sup> Aus diesem Zitat wird bereits deutlich, dass Erdoğan keinesfalls eine Gleichstellungspolitik befürwortet. Außerdem gab er zu verstehen, dass der Anlass der Veranstaltung ihn nicht davon abhalten werde, sein konservatives Frauenbild öffentlich kundzutun. Ihm liegt viel mehr daran, spezifische Frauen- und Männerrollen hervorzuheben. Bereits zum Weltfrauentag 2008 forderte er die türkischen Frauen dazu auf, mindestens drei Kinder zu bekommen, um die Nation zu unterstützen. Im Juli 2014 zog Bülent Arınç, der wie Erdoğan zu den Gründern der AKP zählt, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, als er den Frauen das Lachen in der Öffentlichkeit verbieten wollte, das er als Beispiel für den Sittenverfall in der Türkei beklagte.<sup>28</sup>

Darüber hinaus hatte sich die AKP im Jahr 2012 die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes zum Ziel gesetzt. Diese Idee wurde aufgrund heftiger Kritik jedoch schnell wieder verworfen. Im Zuge der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema setzte Erdoğan Schwangerschaftsabbrüche mit Mord gleich und sein ohnehin schon fragwürdiges Vorhaben, Abtreibungen vollständig zu verbieten, wurde mit seiner Begründung, Abtreibung sei Landesverrat, immer unverständlicher. Mit „Landesverrat“ meinte Erdoğan, dass Abtreibungen das Bevölkerungswachstum beeinträchtigen und damit der Türkei im Ganzen schaden würden. Unterstützt wurde Erdoğan's Position u.a. vom damaligen Gesundheitsminister Recep Akdağ, der der Meinung war, dass Abtreibungen nur dann durchgeführt werden dürften, wenn die Gesundheit der Mutter durch die Schwangerschaft gefährdet sei. Daher sollte selbst eine Schwangerschaft infolge einer Vergewaltigung nicht beendet werden dürfen. Wenn die Mutter das Kind nicht wolle, könne der Staat letztlich die Erziehungspflicht übernehmen. Auffällig ist, dass diese Debatte hauptsächlich von Männern geführt wurde und dabei wiederum führende Politiker der AKP eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes befürworteten. Auch hält Erdoğan nur wenig von Verhütungsmitteln, denn diese seien, so Erdoğan, Erzeugnisse ausländischer Feinde, die dazu dienen, die Türkei zu schwächen.<sup>29</sup>

Nach solchen Äußerungen ist es nicht verwunderlich, dass sich die Türkei im *Global Gender Gap Report* von 2016 von insgesamt 144 Ländern auf dem 130. Rang befindet.<sup>30</sup> In allen Lebensbereichen soll eine islamisch-konservative Geschlechtertrennung erfolgen. Studentenwohnheime werden nun streng nach

27 Zitiert nach Çigdem Akyol, Der bekümmerte Bruder, in: taz, 25. November 2014, unter: <http://www.taz.de/15027795/>.

28 Vgl. Türkei: Erdogan-Vize will Frauen das Lachen verbieten, Spiegel Online, 29. Juli 2014, unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogans-stellvertreter-will-frauen-das-lachen-verbieten-a-983400.html>.

29 Vgl. Akyol, a.a.O. (Anm. 27).

30 Vgl. World Economic Forum, The Global Gender Gap Report 2016, Genf 2016, unter: [http://www3.weforum.org/docs/GGGR16/WEF\\_Global\\_Gender\\_Gap\\_Report\\_2016.pdf](http://www3.weforum.org/docs/GGGR16/WEF_Global_Gender_Gap_Report_2016.pdf).

Geschlechtern getrennt und Erdoğan hat angekündigt, er werde gegen unehelich zusammenlebende Studenten vorgehen. Tattoos, Piercings und gefärbte Haare sind im Klassenzimmer verboten, stattdessen dürfen nun schon Mädchen ab der fünften Klasse im Unterricht das islamische Kopftuch tragen. Konservative Kreise fordern zudem immer drängender die Abschaffung des gemischtgeschlechtlichen Unterrichts.

Die skizzierten Beispiele, die den Stellenwert der Frau in der AKP-Politik verdeutlichen sollen, zeigen, dass Frauen als alles andere als gleichberechtigt wahrgenommen werden. Hinter diesem Frauenbild steckt kein modernes westliches, sondern vielmehr ein traditionell-muslimisches Konzept, das mit Hilfe der AKP-Politik das gesellschaftliche Leben der Türkei tiefgreifend prägt. Die Freiheiten der Frauen werden eingeschränkt, die Mutterrolle wird als fortschrittliches Element zum Nutzen der Nation betrachtet. Zugleich werden Maßnahmen ergriffen um die Zahl der erwerbstätigen Frauen zu verringern, obwohl die Türkei in den vergangenen Jahren einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, der eigentlich dazu führen müsste, dass auch vermehrt Frauen in das Wirtschaftsleben integriert werden. Dass solche Vorstellungen nicht nur in der Ideologie Erdoğan's und der Programmatik der AKP eine Rolle spielen, sondern durch konkrete Politik in die Lebenswirklichkeit der türkischen Bevölkerung überführt werden, weist wiederum auf den repressiven Charakter des Regierungshandelns hin. Bürgerliche Rechte und politische Freiheiten eines Großteils der Bevölkerung werden im Namen islamisch-konservativer Normen und Werte der politischen Elite eingeschränkt, deren Durchsetzung staatlich kontrolliert wird.<sup>31</sup> Das Frauenbild der AKP ist stark von moralisierenden Elementen geprägt, die von einem modernen Verständnis von Gleichberechtigung weit entfernt sind.

#### *Großprojekte der AKP und deren Wirkung auf die Wähler*

Bauliche Großprojekte sind ein Lieblingsthema für Autokraten, denn in ihnen drückt sich politische Macht aus und verewigt sich die Herrschaft. Auch Erdoğan hat in der Vergangenheit verschiedene Großprojekte unterstützt, die den wirtschaftlichen Aufschwung in der Türkei für jeden sichtbar machen. Bei der Eröffnung eines im Rahmen des Marmaray-Verkehrsprojekts für den Personentransport unter dem Bosphorus gebauten Eisenbahntunnels fuhr Erdoğan persönlich einen Zug durch den Tunnel und erhielt dabei breite mediale Aufmerksamkeit. Seinen eigenen Amtssitz in Ankara, den Präsidentschaftspalast, auch Weißer Palast (*Ak Saray*) genannt, ließ Erdoğan trotz mehrerer Gerichtsurteile, die den Bau untersagt haben, in einem Naturschutzgebiet errichten. Der Palast ist um ein Vielfaches größer als der Buckingham-Palast in London oder

---

31 Vgl. Leah Gilbert/Payam Mohseni, Beyond Authoritarianism: The Conceptualization of Hybrid Regimes, in: Studies in Comparative International Development, September 2011, S. 270-297.

der Élysée-Palast in Paris; vor allem aber ist er größer als das Parlamentsgebäude in Ankara und verkörpert Erdoğan's Herrschaft. Mit der Tatsache, dass er sich über die Gerichtsurteile hinweg gesetzt hat, macht Erdoğan zudem deutlich, dass er die wahre Macht im Land hat. Außerdem bricht Erdoğan mit der Tradition, dass die Präsidenten seit Atatürk in Çankaya residierten. Kritiker sehen darin einen weiteren Versuch Erdoğan's, sich von Atatürk zu distanzieren und eine „neue Türkei“ zu begründen.

Weitere Großprojekte sind u.a. der Bau einer dritten Brücke über den Bosphorus, eine riesige Moschee in Istanbul und ein gigantischer Flughafen, der als „größter Flughafen der Welt“ beworben und sicher einmal Erdoğan's Namen tragen wird. Die Bauprojekte Erdoğan's unterstreichen die vermeintlich wirtschaftlich fortschrittlichen Elemente der AKP-Politik. Mit diesen Projekten signalisiert die Regierungspartei, dass sie weiterhin für den Fortschritt plant und die Türkei im internationalen Vergleich weit vorn stehen werde. Mit derartigen Prestigeprojekten gelingt es der Partei, die breite Unterstützung der Wähler zu mobilisieren und so an Legitimität zu gewinnen. Erdoğan und die AKP versuchen die Bedürfnisse derjenigen Wähler zu befriedigen, die am ökonomischen Fortschritt der Türkei interessiert sind. Sie schaffen Arbeitsplätze, tragen vermeintlich zur Lösung der Verkehrsprobleme der aus allen Nähten platzenden Metropole Istanbul bei und demonstrieren einen sichtbaren politischen Output. Zusätzliche Legitimität wird durch die Verknüpfung solcher Projekte mit den charismatischen Charakterzügen Erdoğan's erzeugt, der die Großprojekte zur Chefsache gemacht hat und damit in der Öffentlichkeit wirbt. Die Großprojekte sind aber nicht nur Symbole der Prosperität und des Wohlstands, sondern demonstrieren auch die Überlegenheit der islamisch-konservativen Ideologie. Eine gigantische Moschee, die von allen Stadtteilen Istanbuls aus gesehen werden kann, macht auch äußerlich sichtbar, dass der Religion eine große Rolle in der türkischen Gesellschaft eingeräumt wird.

#### *Die Beziehungen der Türkei zu Europa*

Die innenpolitische Entwicklung ist seit dem Amtsantritt Erdoğan's ungewisser denn je. Auf der einen Seite pluralisiert sich das gesellschaftliche Leben zusehends. Das Militär und Islamisten, Konservative und Modernisten, Kemalisten und Liberale, Aleviten und Sunniten, Kurden und Armenier, Frauenrechtlerinnen und Imame, Justiz und Bürokratie kämpfen um politischen Einfluss und Teilhabe. Auf der anderen Seite dominiert die AKP – und mit ihr Recep Tayyip Erdoğan – die politische Szene. Der lange Jahre mal offen, mal verdeckt geführte Kampf der AKP mit dem Militär ist inzwischen weitgehend beendet. Insbesondere nach dem gescheiterten Putschversuch wurden das Militär und damit die Ideologie des Kemalismus endgültig marginalisiert. Mit der Festigung seiner Macht und vor allem seit seinem Amtsantritt als Präsident veränderte sich Erdoğan's Regierungsstil und nahm einen zunehmend autoritären

Charakter an.<sup>32</sup> Seine bevorzugten Methoden sind dabei, wie dargestellt, die Kontrolle der Medien, die Einschränkung von Menschenrechten, die Verbreitung islamischer und ultrakonservativer Werte beispielsweise in der Frauenfrage sowie die Steigerung von Legitimität durch Großprojekte, die sein Prestige fördern und den Fortschritt des Landes mit seiner Person verbinden.

Im Moment ist die Türkei von den Werten der Europäischen Union weiter entfernt denn je. Damit ist die Annäherung an Europa noch ungewisser geworden.<sup>33</sup> Doch wohin wird die Reise einer zunehmend selbstbewussten und auf ihre Souveränität pochenden Türkei gehen? Bereits in seiner politischen Frühphase hielt Erdoğan eine Rede, die ihm 1998 eine zehnmonatige Haftstrafe wegen „religiöser Hetze“ einbrachte. Erdoğan hatte aus einem Gedicht zitiert, das vermutlich aus der Feder eines Verfechters des türkischen Nationalismus, Ziya Gökalp, aus dem Jahr 1912 stammt: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind.“<sup>34</sup> Bereits 1994 sagte er der Zeitung *Milliyet*: „Gott sei Dank sind wir Anhänger der Scharia.“<sup>35</sup>

Wie sollte Europa auf die Verwandlung der Türkei in einen autoritären Staat durch Erdoğan reagieren? Einen Königsweg gibt es sicher nicht, dafür aber viele Holzwege. Doch sollte nicht vergessen werden, dass trotz aller repressiven Maßnahmen und einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik und trotz der bald 15-jährigen Herrschaft Erdogans Teile der türkischen Zivilgesellschaft noch immer auf Europa ausgerichtet sind. Islamische Werte mögen sich rasch verbreiten, doch der säkulare Einfluss Europas ist nach wie vor existent. Ein Abbruch der Beziehungen zur Türkei würde die Hardliner in der Türkei stärken, diejenigen, die eher auf konservative Werte und islamischen Rigorismus setzen. Daran kann den europäischen Staaten nicht gelegen sein. Ein Abdriften der Türkei Richtung Naher Osten müssen die Europäer unbedingt verhindern. Andererseits ist Erdoğan nicht so machohaft und unverwundbar, wie er sich derzeit darstellt. Außenpolitisch läuft es nicht so gut für die Türkei. Die „Null-Probleme“-Politik mit den Nachbarn, 2009 eingeführt vom damaligen Außenminister Ahmet Davutoğlu, ist krachend gescheitert. Die Aussöhnung mit Armenien ist ins Stocken geraten, Syrien versinkt im Bürgerkrieg, der Irak zerbricht, die Turkstaaten sind weiterhin distanziert und auch die europäischen Nachbarn bleiben verhalten. Die Unterstützung der Muslimbrüder in den arabischen Staaten verschreckt die dortigen Machthaber. Erdoğan suggeriert

---

32 Vgl. Johannes Gerschewski, The three pillars of stability: legitimation, repression and co-optation in autocratic regimes, in: *Democratization* 1/2013, S. 28.

33 Vgl. Nathalie Tocci, Europeanization in Turkey: Trigger or Anchor for Reform?, in: *South European Society and Politics* 1/2005, S. 71-81; Heinz Kramer, Ist der türkische Beitrittsprozess am Ende?, in: Olaf Leiß (Hrsg.), *Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken*, Baden-Baden 2013, S. 75-100.

34 Zitiert nach: Faruk Sen, Recep Tayyip Erdogan: Der Islamist als Modernisierer, in: *Welt*, 5. Mai 2007, unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article6068757/Recep-Tayyip-Erdogan-Der-Islamist-als-Modernisierer.html>.

35 Vgl. Boris Kalnoky, Das System von Recep Tayyip [sic!] Erdoğan, in: *Welt*, 20. Juli 2007, unter: <http://www.welt.de/politik/article1042341/Das-System-von-Recep-Tayyip-Erdogan.html>.

Großmachtpolitik, wenn er sich neuerdings am russischen Präsidenten Wladimir Putin orientiert und Katar unterstützt, aber damit hat sich die Großmacht-politik auch schon weitgehend erschöpft. Echte politische, soziale und wirt-schaftliche Reformen kommen nur aus dem Westen, nicht aus dem Osten. Erdoğan bleibt daher auf die Verbindungen mit dem Westen angewiesen.

Kleine Nadelstiche wie die Aussetzung öffentlicher Bürgschaften, die Verrin-gerung von Krediten der staatlichen Förderbanken und offizielle Reisewarnun-gen für Urlauber und Geschäftsleute können und sollen Erdoğan deutlich ma-chen, dass der Westen die Entwicklung in der Türkei durchaus mit Besorgnis sieht. Die Hoffnung auf einen Wandel nach Erdoğan sollte jedenfalls nicht dazu führen, jetzt alle Verbindungen zu kappen. Einen Ausweg aus der komplizierten Beziehung zwischen Europa und der Türkei hat der für die Wirt-schaft zuständige stellvertretende Ministerpräsident Mehmet Şimşek in Bezug auf den Beitritt seines Landes zur Europäischen Union formuliert: „Wenn die Türkei alles Nötige tut, um Mitglied zu werden, ist es letztlich nicht entschei-dend, wirklich beizutreten. Wir können ja auch wie Norwegen oder die Schweiz sein.“<sup>36</sup> Dies muss das Ziel europäischer Politik sein – die offenen, prosperierenden, pluralen, debattenfreudigen, innen- und außenpolitisch be-weglichen Elemente der Türkei zu fördern. Dann kann das Land vielleicht tat-sächlich einmal zur Schweiz des Orients werden.

---

36 Zitiert in: Christian Geinitz, Sanktionsdrohungen lassen die Türkei kalt, in: Frankfurter All-gemeine Zeitung, 8. September 2017, unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/tuerkei-von-sanktionsdrohungen-unbeeindruckt-15188200.html>.